

USA

DR. LARS HÄNSEL
JEANENE LAIRO

11. Februar 2014

www.kas.de/usa
www.kas.de

Diskussion der NSA-Affäre in den USA

DAS SPANNUNGSVERHÄLTNIS ZWISCHEN SICHERHEIT UND FREIHEIT SPALTET DIE POLITISCHEN AKTEURE

In seiner Rede zu der NSA am 17. Januar suchte US-Präsident Barack Obama die schwierige Balance zwischen den beiden Werten Sicherheit und Freiheit. Während er versuchte, durch Reformankündigungen die Kritiker der massenhaften Ausspähung durch die NSA zu beruhigen, unterstrich er jedoch gleichzeitig die Bedeutung nachrichtendienstlicher Arbeit im Kampf gegen den Terrorismus. Innerhalb der US-Politik treffen diese Vorschläge jedoch auf Gegenwind. Auch zeigt sich bei keiner der politischen Parteien eine einheitliche Linie, vielmehr deutet sich eine Spaltung an. Auswirkungen auf die kommenden Kongresswahlen sind gewiss. Dabei stehen sowohl der Status Quo als auch die Reformvorschläge Obamas in der Kritik.

Präsident Obama begann seine Rede mit einem historischen Abriss über die nachrichtendienstliche Arbeit der USA. Diese habe sich in den letzten Jahren, insbesondere auch als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001, von einer reaktiven zu einer proaktiven gewandelt. Der Präsident betonte die Bedeutung dieser Arbeit, die viele Terroranschläge verhindert hätte, was jedoch nicht immer an die Öffentlichkeit gelangte, da die Geheimhaltung ein wichtiges Kriterium jeder nachrichtendienstlichen Arbeit sei.

Grundsätzlich sollen die Geheimdienste auch weiterhin ihre Befugnisse behalten. Obama reagierte jedoch auf die Kritik, die nach den Enthüllungen aufgrund der Wei-

tergabe von geheimen Dokumenten durch Edward Snowden aufgekommen war, und versuchte, die Kritiker durch die Ankündigung von Reformen zu beruhigen. In den USA hatte insbesondere die massenhafte Sammlung von Metatelefondaten für Kritik gesorgt. Obama blieb hier seiner bisherigen Linie treu und stellte zunächst nochmals klar, dass diese Metainformationen weder Inhalte noch Namen von Telefongesprächen beinhalten. Gleichzeitig versicherte er, die Sammlung dieser Daten in der bisherigen Form zu beenden. Bevor die NSA in Zukunft Einsicht in einen konkreten Metadatensatz nehmen darf, muss diese hierfür eine richterliche Erlaubnis einholen. Zudem sollen die Daten nicht mehr zentral bei der NSA gespeichert werden, wobei bislang nicht klar ist, wie die Speicherung künftig erfolgen soll.

Präsident Obama legte zudem dar, dass er die NSA angewiesen habe, künftig auf die Ausspionierung gewählter Offizieller befreundeter Staaten zu verzichten, solange keine überwältigenden nationalen Sicherheitsinteressen betroffen sind. Trotz dieser beschwichtigenden Worte machte Obama deutlich, dass auch weiterhin Staaten beobachtet und bei Bedarf ausspioniert werden, zumal dies gängige internationale Praxis sei, was aber nur in den seltensten Fällen öffentlich bekannt wird. Laut des Präsidenten sei das Vorgehen von Nachrichtendiensten in unterschiedlichen Staaten dasselbe, die USA seien jedoch hierbei am effektivsten. Er betonte, dass er sich hierfür nicht entschuldigen möchte, erkannte aber gleichzeitig auch, dass das technische Potential der USA

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
JEANENE LAIRO

11. Februar 2014

www.kas.de/usa

www.kas.de

einen verantwortungsvollen Umgang verlangt.

Bis zum 28. März 2014 sollen die NSA und das Justizministerium dem Präsidenten konkrete Reformvorschläge unterbreiten. Eine zeitnahe Reformierung der NSA-Arbeitsweise ist vor dem Hintergrund der diesjährigen Senatswahlen jedoch fraglich. Bis neue Regelungen in Kraft treten, gelten die derzeitigen. Rhetorisch ist Obama in seiner Rede der Balanceakt gegenüber seiner Wählerschaft gelungen, inhaltlich ist dies jedoch fraglich. Es ist davon auszugehen, dass die nachrichtendienstliche Arbeit einen neuen Anstrich erhalten wird, das Grundgerüst jedoch unverändert bleibt. Ähnlich sehen es auch die amerikanischen Bürger. So zeigt eine PEW-Umfrage nach der Obama NSA-Rede, dass 73 Prozent der US-Bürger nicht glauben, dass geplante Reformen den Schutz ihrer Privatsphäre verbessern würden.

Gesetzliche Grundlage – Section 215 des Patriot Act

- Section 215 des Patriot Act (Ablaufdatum Juni 2015) wurde im Zuge der Terroranschläge vom 11. September 2001 geschaffen und erlaubt es dem Foreign Intelligence Surveillance Court (FISC), Individuen und Organisationen dazu zu zwingen, der Regierung Daten zu übermitteln.
- Im Mai 2006 hat das FISC auf Grundlage von Section 215 die Sammlung von Massentelefonaten genehmigt.
- Ausgesuchte Kommunikationsfirmen müssen der NSA seitdem im Rahmen von Section 215 Metadaten der Telefongespräche ihrer Kunden zur Verfügung stellen.
- Diese Daten dürfen von der NSA für fünf Jahre gespeichert werden.
- Laut NSA gab es „einige Erfolge“ bei der Verhinderung von Terroranschlägen durch diese Maßnahmen.

Meinungen verschiedener Regierungsinstitutionen sowie der Parteien

Vorweg ist festzuhalten, dass es innerhalb der verschiedenen Regierungsinstitutionen unterschiedliche Ansichten über die Recht-

mäßigkeit der derzeitigen Auslegungen von Section 215 gibt.

(a) Judikative

- Während das US-Bundesgericht in Washington, D.C. die Telefondatensammlung für „wahrscheinlich“ verfassungswidrig erklärte, entschied das US-Bundesgericht in New York, diese sei verfassungskonform.
- Zudem legitimierten bis dato 15 Richter des Foreign Intelligence Surveillance Court (FISC) – das Bundesgericht der USA, welches die Arbeit der Auslandsgeheimdienste überwachen soll – die NSA-Datensammlung durch Section 215. Anfang des Jahres hatte der FISC die Metadatensammlung zum 36. Mal gestattet. Eine derartige Prüfung durch das Gericht ist alle 90 Tage vorgesehen. Auf diese rechtliche Legitimation beruft sich auch das Weiße Haus.

(b) Legislative

Der US-Kongress ist ähnlich wie die Öffentlichkeit über die Parteigrenzen hinweg gespalten in der Frage der Metadatensammlung und die damit verbundene grundsätzlichere Frage über die Gewichtung der beiden Werte Sicherheit und Freiheit.

- **Senator Jim Sensenbrenner** (Rep-WI), der einer der Schreiber des Patriot Acts war, vertritt die Ansicht, dass sein Text falsch interpretiert wird und hat daher einen neuen Gesetzesentwurf „**USA Freedom Act**“ (Oktober 2013) eingebracht. Sensenbrenner beabsichtigte nicht, die massenhafte Metadatensammlung von Amerikanern durch das von ihm mitverfasste Gesetz zu legalisieren. Er machte bereits im Juli 2013 klar, dass Section 215, welche 2015 abläuft, in jetziger Form wahrscheinlich nicht verlängert werden wird.
- „USA Freedom Act“ soll die Datensammlung begrenzen und wird bisher parteiübergreifend von 129 Repräsentanten unterstützt. Dieses Verhalten im Gegensatz zum typischen Fraktionszwang spiegelt die insgesamt sehr verworrene und kontroverse Lage dar.
- Der Parallelentwurf „USA Freedom Act“ wurde gleichzeitig im US-Senat von **Senator Patrick Leahy** (Dem-VT) eingebracht. Laut Leahy muss die massenhafte Datensammlung enden, da

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
JEANENE LAIRO

11. Februar 2014

www.kas.de/usa

www.kas.de

„government has not made its case that this is an effective counterterrorism tool, especially in light of the intrusion on Americans' privacy rights.“ Bisher gibt es 20 Unterstützer des Entwurfs, die hauptsächlich aus dem demokratischen Lager stammen.

- Der Sprecher der Tea Party, **Senator Rand Paul** (R-KY), äußerte sich wie folgt: „Congress must do what the President apparently will not: end the unconstitutional violation of Americans' privacy, stop the suspicionless surveillance of our people, and close the era of secret law.“
- Im Gegensatz dazu verteidigte **Senator Dianne Feinstein** (D-CA), Vorsitzende des „Intelligence Committee“ die Vorgehensweise der NSA. Sie vertritt die Ansicht, dass die Datensammlung einen wichtigen Beitrag dazu leistet, ein weiteres 9/11 zu verhindern.

(c) Exekutive

Die unabhängige und überparteiliche US-Datenschutzkommission (PCLOB) kam zu dem Ergebnis, dass die massenhafte Sammlung von Telefonmetadaten nicht durch die geltenden Gesetze legitimiert ist. Auch die Speicherung von den Metadaten bei den Telefongesellschaften selbst lehnte die Kommission ab. Nach der Einrichtung in Reaktion auf 9/11 ist es die wesentliche Aufgabe dieser Kommission, eine Balance zwischen notwendigen Maßnahmen zur Terrorismusabwehr und dem Schutz der Privatsphäre und Freiheit der Bürger sicherzustellen.

- Am 23. Januar 2014 veröffentlichte das PCLOB einen 238-seitigen Report zu der Erfassung von Metadaten von Telefongesprächen im Zuge der Terrorismusabwehr durch die NSA. Das abschließende Votum des Gremiums fiel dabei denkbar knapp aus. Drei von fünf Mitgliedern sprachen sich für eine Beendigung der massenhaften Speicherung der Metadaten aus.
- Bisher war es der NSA möglich, auf die Anrufinformationen von Hunderten Millionen amerikanischer Bürger täglich zuzugreifen. Dieses Vorgehen wurde nun von dem PCLOB als illegal eingeschätzt.
- Ferner stellt das PCLOB die Wirksamkeit der massenhaften Speicher-

ung infrage. Es liege kein Fall vor, bei dem das NSA-Programm positive Rückwirkungen auf Ermittlungen im Zuge der Terrorabwehr hatte.

- Zudem äußerte das PCLOB verfassungsrechtliche Bedenken. Durch die gesammelten Daten würden zwangsläufig Beziehungen zwischen Personen und Gruppen offengelegt, die aus politischen, religiösen und anderen aussagekräftigen Gründen geschlossen wurden. Diese erzwungene Offenlegung könnte dazu führen, dass eine Verletzung der Rechte des Ersten Verfassungszusatzes vorliegt.
- Das PCLOB hatte Obama vor seiner Rede zur NSA am 17. Januar 2014 seine Einschätzungen mitgeteilt, Obama zog in seiner Rede jedoch eine Veränderung hin zu der Speicherung der Daten bei einer Drittpartei anstelle der Abschaffung der Speicherung vor.

(d) NSA-Affäre als Wahlthema / -strategie

Schon jetzt ist bemerkbar, dass die NSA-Affäre ein Thema für die diesjährigen Zwischenwahlen sowie auch die Präsidentschaftswahlen 2016 wird. Die Klausurtagung des Republican National Committee (RNC) im Januar brachte eine fast einstimmige Resolution hervor, die sich stark für die Privatsphäre sowie begrenzte Staatlichkeit einsetzt. Damit wendet sich die Resolution gegen nationale elektronische Überwachung durch die NSA. Jedoch wird kein Schutz für ausländische Bürger eingeschlossen. Damit repräsentiert das RNC einen zunehmenden liberalen Wechsel, der auch auf die GOP Auswirkungen hat. Hier zeigt sich erneut der Versuch der Tea Party, ihre Positionen prominent in der Partei zu platzieren. Damit liegt ein Konflikt zwischen dem liberalen und dem sicherheitsorientierten Flügel der Partei vor.

Auch **Senator Rand Paul** (Rep-KY) kennzeichnete die NSA-Affäre als ein Thema, welches für eine Polarisierung der Wählerschaft geeignet ist. Paul bezeichnete Hillary Clinton – eine potenzielle Präsidentschaftskandidatin – als eine typische Befürworterin einer starken Überwachung durch den Staat. Die Republikaner grenzte er dagegen als zunehmenden Vertreter eines liberalen Staates ab.

USA

DR. LARS HÄNSEL
JEANENE LAIRO

11. Februar 2014

www.kas.de/usa

www.kas.de

Umsetzbarkeit der von Obama angekündigten Reform

Bis zum 28. März 2014 sollen die NSA und das Justizministerium dem Präsidenten konkrete Reformvorschläge unterbreiten. Ein bedeutender Reformvorschlag Obamas war es etwa, die Daten künftig bei einer Drittpartei, etwa den Telefongesellschaften, zu speichern. Sofern die NSA Zugriff auf die Daten haben möchte, soll sie hierfür einen Gerichtsbeschluss benötigen.

Dieser Reformvorschlag stieß auf Kritik unterschiedlicher Seiten:

- Die Datenschutzkommission, PCLOB, kritisierte, dass den Telefongesellschaften kein weitergehendes Recht für die Speicherung von Metadaten eingeräumt werden dürfe. Hiermit würde eine erneute Verletzung der Privatsphäre legalisiert werden. Aus demselben Grund kommt für das PCLOB auch die Speicherung bei einer dritten Stelle nicht infrage.
- Mehrere Telefongesellschaften haben sich bereits dahingehend geäußert, dass sie kein Interesse daran haben, die Daten ihrer Kunden länger als bisher zu speichern. Das Personal der Nachrichtendienste sieht dagegen die Gefahr, durch derartige Reformen nicht mehr schnell genug an die notwendigen Daten zu kommen.
- Bei Politikern stieß dieser Vorschlag auf unterschiedliche Reaktionen. Während die Senatoren Ron Wyden (Dem-OR), Tom Udall (Dem-NM) und Martin Heinrich (Dem-NM) den Vorschlag als „a major milestone“ bezeichneten, fürchteten andere, dass durch die notwendige richterliche Genehmigung zuviel Zeit verstreichen könnte. So betonten Republikaner Mike Rogers (Rep-MI) und Senator Dianne Feinstein (Dem-CA): „If instituted, that approval process must be made faster in the future than it was in the past – when it took up to nine days to gain court approval for a single search.“

Internationale Reaktionen

Auch international haben die Spionageaktivitäten der NSA zahlreiche Reaktionen und Folgen hervorgerufen. Diese sind in den USA nicht unbemerkt geblieben.

(a) UN-Resolution

Nicht nur in den USA haben die Enthüllungen Snowdens Wellen geschlagen. Deutlich wird dies etwa an der Resolution „The right to privacy in the digital age“, die von Deutschland und Brasilien in die UN-Vollversammlung eingebracht und am 20. November 2013 einstimmig angenommen wurde. Die Resolution ist jedoch nicht völkerrechtlich bindend. Vor ihrer Verabschiedung wurde die Resolution auf Drängen der USA deutlich entschärft. Die USA hatten kritisiert, dass die Resolution ursprünglich andeute, dass die Menschenrechte Staaten dazu verpflichteten, die Privatsphäre von Ausländern im Ausland zu achten.

(b) Kanadischer Aspekt in der NSA-Affäre

Durch die Enthüllungen Edward Snowdens sind auch Erkenntnisse über Kanadas umfangreiche Spionageaktivitäten, teils im Auftrag der USA, offenkundig geworden. Beispiele sind die G8 und G20 Gipfel in Ontario im Jahr 2010 wie auch der G20 Gipfel 2012 in London. Als Mitglied des seit über 60 Jahren bestehenden „Five Eyes“ Abkommens hat Kanada Spionagetätigkeiten in Ländern vollzogen, die den USA nicht ohne weiteres zugänglich sind.

(c) Globale wirtschaftliche Reaktionen

Als weitere Folge der NSA-Affäre ist innerhalb der USA das Bewusstsein dafür gestiegen, dass sich auch Rückwirkungen auf die US-Wirtschaft zeigen. „This is going to put US companies at a competitive disadvantage, because people will believe that U.S. companies lack the ability to protect their customers – and people will suspect that U.S. companies may feel compelled to lie to their customers about security.“ Mit dieser Einschätzung steht Professor Ed Felton, ehemaliger Cheftechnologe bei der Federal Trade Commission, keinesfalls alleine dar.

Der vollständige Schaden, der für die US-Wirtschaft entstehen wird, kann bisher nur schwer abgeschätzt werden. Erste Anzeichen zeigen jedoch, dass das Potential für immense wirtschaftliche Folgen durch die NSA Ausspionierung vorhanden ist. Unmittelbare Folge werden US-Verluste im Bereich des Cloudings sein. Bisher hielten US-Firmen ca. 85 Prozent der Marktanteile in diesem Bereich. Zusätzlich sind Auswirkungen auf andere Bereiche zu erwarten. So v Brasilien einen Auftrag für Kampfflugzeuge

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL

JEANENE LAIRO

11. Februar 2014

www.kas.de/usa

www.kas.de

im Wert von 4,5 Mrd. US-Dollar an die schwedische Firma SAAB und erteilte Boeing eine Absage. Hierin ist wohl auch eine Reaktion auf die NSA-Spionage zu sehen.

FAZIT

Die Enthüllungen von Edward Snowden haben dazu geführt, dass die US-Verantwortlichen Druck von allen Seiten spüren. National wie international spielen neben Werten in Politik und Gesellschaft auch wirtschaftliche Interessen eine große Rolle. Das Ergebnis der Reformen wird wesentlich davon abhängen, welcher Akteur seine Interessen am besten durchsetzen kann. Während Sicherheit und Freiheit zwei scheinbar widerstreitende Interessen darstellen, könnten am Ende auch wirtschaftliche Ziele das Zünglein an der Waage sein.